

109-5/86

MINISTERSTVO NÁRODNÍ BEZPEČNOSTI ARCHIVNÍ A STUDIJNÍ ODBOR	
Dělo	
Čj.	109-5/86
Přílohy	52 listů J2

52 listů

list č. 44 chybí

1. 9. 2009 Juel

Krab. 105.

ST S

V - F - /40.

Geheime Staatspolizei — Staatspolizeileitstelle Prag

Fernschreibvermittlung

7

Aufgenommen				30 XII 40 Raum 5 für Eingangsstempel				Befordert			
Tag	Monat	Jahr	Zeit	Ad. edv. - B. d. d. G. v. h. M. d. r. d. d. durch Ad. G. v. h.				Tag	Monat	Jahr	Zeit
30	Dez.	1940						an			
von											
durch											
Abt.				Konterschrift!				4 1/2 d. d. 31/12/40			
FS.-Nr. 36545								Telegramm — Funkspruch — Fernschreiben Fernspruch			

+ B L I T Z - B E R L I N N U E . 241 948 30.12.40 0950 .
 - AN ALLE STAPO (LEIT) STELLEN (AUCH PROTEKTORAT.) -
 ALLE KOMM. DER SIPO. U. D. SD., NACHRICHTL. AN
 ALLE HOEHEREN SS.-. U. POL. FUEHRER, ALLE INSP. D.
 SIPO. U. D. SD. ALLE BDS. U. D. SD. - -
 - HEUTE GEGEN 7 UHR EXPLODIERTE IN DER HANDGEPAECKABGABE
 DES ANHALTER-BAHNHOFS IN BERLIN VERMUTLICH EINE
 ZEITBOMBE. NAEHERES NOCH NICHT FESTGESTELLT, DA
 ENSTANDENER BRAND NOCH NICHT GELOESCHT. - BITTE SOFORT
 ALLE GRENZUEBERGANGSSTELLEN ZU VERSTAENDIGEN, MIT DEM
 BEFEHL, BEI DER GRENZKONTROLLE, INSBESONDERE ABER BEI
 DER UEBERWACHUNG DER GRUENEN GRENZE, BESONDERE
 AUFMERKSAMKEIT WALTEN LASSEN. - VERDAECHTIGE PERSONEN
 SIND FESTZUNEHMEN U. ERST NACH EINWANDFREIER KLAERUNG
 DES ALIBI U. DER ZUVERLAESSIGKEIT WIEDER ZU ENTLASSEN.-
 MELDUNG ANHER. - WEITER BITTE ICH, DIE
 GRENZUEBERGANGSSTELLEN ANZUHALTEN, ALLE IRGENDWIE
 VERDAECHTIGEN UMSTAENDE, WELCHE IN DEN LETZTEN TAGEN
 ODER WOCHEN AUFGEFALLEN SIND U. MOEGLICHERWEISE MIT
 DER EXPLOSION AUF DEM ANHALTER-BAHNHOF IN ZUSAMMENHANG
 ZU BRINGEN SIND, SOFORT ZU MELDEN. - SCHLIESSLICH HABEN
 DIE GRENZUEBERGANGSSTELLEN AUF DEM SCHNELLSTEN WEGE AN
 DAS RSHA. EINE LISTE EINZUSENDEN
 JENER PERSONEN, WELCHE SEIT DEM 15.12.40 IN DAS

Gefirand

VF

1a

REICHSGEBIET EINGEREIST SIND. - ALLE ERFASSTEN DATEN
 SIND ANZUGEBEN. - GLEICH ANORDNUNG GILT FUER DIE
 FLUGHAFENKOMMISSARIATE. - ALLE MITTEILUNGEN IN DIESER
 ANGELGENHEIT SIND ZU RICHTEN AN DAS RSHA. - AMT ROEM. 4 -
 SS.- BRIGADEF. M U E L L E R ,
 ZUSATZ FUER STL. WIEN.: - ICH BITTE, INBES. DIE VON
 U. NACH JUGOSLAWIEN EIN- U. AUSGEREISTEN PERSONEN U.
 JENE, WELCHE
 IN DEN FOLGENDEN TAGEN AUSREISEN, ZU ERFASSEN U. LAUFEND
 ANHER MITZUTEILEN: FERNER DIE GRENZKONTROLLE BESONDERS
 INTENSIV ZU GESTALTEN. -

DER CHEF. DER SIPO. U. DES SD. - GEZ. H E Y D R I C H
 - SS.- GRUF.+ +

430/xii 17 30h



63123

~~XII 40~~
GEOPESS
2
1/2
1.8/12.40
GEOPESS N° 332 (40/71)

Der neue Kriegsschauplatz : Griechenland. 28. Oktober 1940.

Zeichenerklärung :

- 1 = Griechenland
- 2 (schwarze Fläche) = Italienisches Reich
- 3=neutrale und nichtkriegführende Staaten
- 4= griechische Stützpunkte
- 5= italienische Stützpunkte

VF
(GEOPESS)

2048-2991

G E O P R E S S Nr.333 (40/72)

3

November 1940

DIE KAEMPFE AN DER GRIECHISCH-ALBANISCHEN GRENZE. Zeichenerklärung:
1(schwarze Fläche)= Italienisches Reich. 2(weisse Fläche)=Griechenland.
3= Jugoslawien (neutral). 4= Ionisches Meer.- Die schwarzen Pfeile zeigen die italienische Angriffsrichtung, der weisse (leere)Pfeil zeigt die Richtung des griechischen Gegenangriffs. (GEOPRESS.)

G E O P R E S S Nr.334(40/73)

November 1940

DER KRIEG IN CHINA. Oben: Die japanische Herbstoffensive in Ost-China.

Unten: Die chinesische Offensive in Südchina. Zeichenerklärung:
1(punktiierte Fläche)= von Japanern besetzt.2(weisse Fläche)= unter der chinesischen Zentralregierung des Marschalls Tschiang-Kai-Schek.
3(schwarze Fläche)=Französisch-Indochina.4=Die Front Anfang Oktober 1940.
5= die Front Anfang November 1940.6=japanische Angriffsrichtung.
7= chinesische Angriffsrichtung. 8= Eisenbahnen. 9= oben:Ostchinesisches Meer; unten: Südhinesisches Meer.(GEOPRESS.)

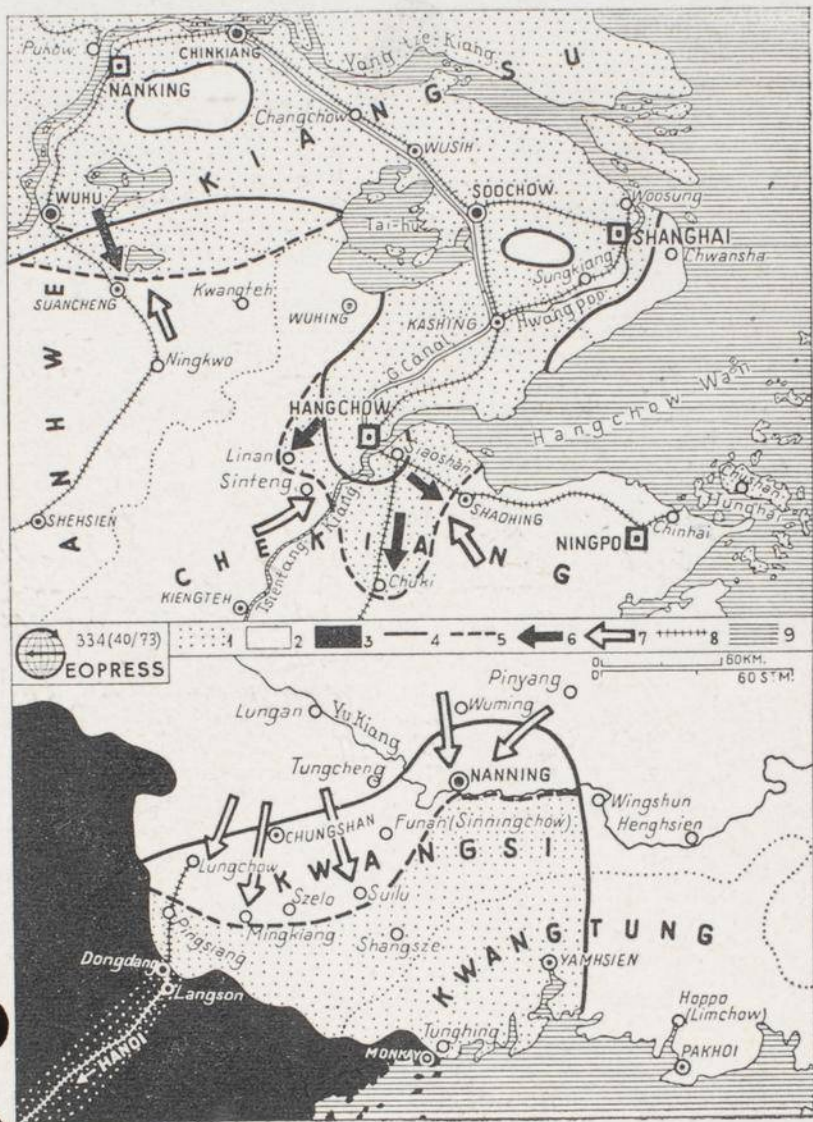
2048-2491

4



2048 - 2991

6



Wehrbezirkskommando Prag
Sachgeb. IIa Az 21

7

Der Höhere SS- und Polizeiführer in Böhmen und Mähren			
Prag, den 6. Dezember 1940			
Gang am: 17. XII. 1940		Anlg.:	
Führe.	Stabsf.	ist.	Beurb.

An den

Höheren SS- und Polizeiführer,
Staatssekretär, SS Gruppenführer K. H. Frank,

Prag IV.,
Czernin Palais

Herr Leutnant d.R.a.D. Ernst Eckert in
Prag XIII., Russische Strasse 933, der als Offizier d.B. in Aus-
sicht genommen ist, hat Sie als Gewährsmann namhaft gemacht.

Unter der Voraussetzung, dass Sie mit dem Ange-
fragten weder verwandt noch verschwägert sind, bittet das Wehrbe-
zirkskommando Prag um eine Beurteilung des Genannten auf Grund
eigener Kenntnisse über

Persönlichkeitswert,
Charakter,
Vergangenheit,
Lebenswandel und
wirtschaftliche Verhältnisse,

welche Beurteilung sich auch auf die Ehefrau des Leutn. Eckert
zu erstrecken hätte.

Diese Auskunft wird selbstverständlich vertrau-
lich behandelt.

Oberst und Kommandeur

VF

U.S.-V.-F.-/40.

14. Jänner 1941.

1/4-Gruf.
St.S. 17/41.

1. An Herrn
Oberst G r a f,
Kommandeur des Wehrbezirkskommandos Prag,
P r a g III,

Waldsteinpalais.

01180

Sehr geehrter Herr Oberst!

Auf das dort. Schreiben vom 6.v.Mts. - Zeichen Sachgeb. IIa Az 21 in Sachen Leutnant d.R. a.D. Ernst Eckert erwidere ich, dass Herr Eckert, mit dem ich weder verwandt noch verschwägert bin, mir als ein Mann bekannt ist, über dessen Persönlichkeitswert, Charakter, Vergangenheit und Lebenswandel ich nur ein gutes Urteil abgeben kann. Der Genannte hat sich im völkisch-politischen Sinne einwandfrei gehalten. Er wird jederzeit rückhaltlos als Offizier für Führer, Volk und Reich seine Pflicht tun. Über die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie über die Ehefrau kann ich keine Auskunft abgeben. In die wirtschaftlichen Verhältnisse habe ich keinen Einblick. Die Ehefrau ist mir nicht bekannt.

H e i l H i t l e r !

2. Z.d.A.

Sicherheitsdienst RF//
SD-Leitabschnitt Prag

E 1

Prag-Bubentisch, 18. Nov. 1940.
Sachfenweg
Fernsprecher 77444

An
1/4-Obersturmbannführer Dr. G i e s
P r a g .

Betr.: Verwaltungsberichte der Oberlandräte Budweis,
Kladno, Olmütz und Zlin für Oktober 1940.

Anlg.: 4 Mapph.

In der Anlage werden 4 Berichte der Oberlandräte
Budweis, Kladno, Olmütz, Zlin für Oktober 1940 nach
Kenntnisnahme und Anzeichnung der interessant erschei-
nenden Stellen zurückgesandt.

H Sturmbannführer

4/11
1/ Kennst: Bericht aus
10. Stelle zurückgeleitet
led

2/10. d. d.

1-29/12.40.

KF

Sicherheitsdienst Rf//
SD-Leitabschnitt Prag

SA D 1-17

Prag=Bubentfch
Sachfenweg
Fernsprecher 77444

12.11.1940

10

An
H-Obersturmbannführer Dr. G i e s
P r a g

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren.

Eing.: 13. NOV. 1940

Tgb. Nr.:

Betr.: Bericht der Deutschen Botschaft in Moskau v.10.Okt.1940
Vorg.: Dort.Schrb.v.9.11.1940
Anlg.: 1

In der Anlage wird der Bericht der Deutschen Botschaft in
Moskau nach Kenntnisnahme zurückgereicht.

St. G. 17

i. V.
Thoma

H-Obersturmbannführer

*Vermerk: Vorgang ist am
heutigen Tage an Df. St.
beigegeben worden.*

3/5. d. d. 1. 12/11. 40.

Gruppe I 4
Reichsarbeitsdienst

Prag, den 14. Sept. 1940 Ks.

Vertraulich!

An das Büro
des Herrn Reichsprotectors,
des Herrn Staatssekretärs,
des Herrn Unterstaatssekretärs,
der Abteilung I,

im Hause.

Betr.: Aufbaubericht des Abschnitts XXXIX des
Reichsarbeitsdienstes -Böhmen und Mähren-.

In der Anlage überreiche ich den Aufbaubericht des
Führers des Abschnitts XXXIX des Reichsarbeitsdienstes in
Böhmen und Mähren.

St. S.

IV F

In Vertretung d. Gruppenleiters:

W. von Mann

Arbeitsführer.

1 Anlage

P
7/16/9

Aufbau des Abschnitts XXXIX.

Inhaltsverzeichnis:

- I. Aufbauarbeiten,
- II. Erziehung und Ausbildung,
- III. Gesundheitsführung,
- IV. Ersatz- und Meldewesen,
- V. Volkstumsarbeit,
- VI. Propaganda,
- VII. Besondere Ereignisse.

I. Aufbauarbeiten:

Als Aufgabe war dem Abschnitt XXXIX für das Sommerhalbjahr 1940 der Ausbau der Organisation des Abschnitts und besonders der Aufbau der zehn Holzhauslager für den RAD. und 13 Lager für den RADwJ. gestellt worden.

Befehlsgrundlage für diese Aufbauarbeit war der Erlass RAF. D Nr. 1020-430/40 vom 7.3.1940.

Bis Anfang März 1940 waren die Vorbereitungen für den Aufbau, wie Festlegung der Standorte, allgemeine Prüfung der Arbeitseinsatzmöglichkeiten und die Aufnahme von Verbindungen mit allen deutschen Dienststellen für die kommende notwendige Zusammenarbeit abgeschlossen. Diese Vorbereitungsarbeiten mussten unter der Leitung des Abschnittsführers von dem nur mit einigen Abteilungsleitern und wenigen Hilfskräften besetzten Abschnittsstab durchgeführt werden. Ausser diesem kleinen Stab arbeiteten bereits die Dienststellen des Ersatz- und Meldewesens, vertreten durch ein Hauptmeldeamt und vier Meldeämter.

Als die Vorbereitungsmaßnahmen im Grossen und Ganzen Anfang März 1940 beendet waren und der Aufbau nach allen Seiten einsetzen konnte, wurde durch Zukommandierung von weiteren Führern durch das Personalamt der Reichsleitung

1.) der Abschnittsstab auf seine vorgesehene Stärke gebracht,

2.)

- 2.) die beiden Gruppenstäbe Budweis und Brünn personell besetzt und
- 3.) das Führerkorps für die Aussendienststellen bereitgestellt.

Nach Sicherstellung dieser Kräfte konnte die bevorstehende Einberufung der ersten Dienstpflichtigen des Reichsarbeitsdienstes im Protektorat vorbereitet werden. Unterkünfte standen zu nächst noch nicht zur Verfügung, sondern mussten sowohl für die Gruppenstäbe als auch für die Abteilungen als vorläufige Unterkünfte geschaffen werden. Dieses geschah in Zusammenarbeit mit den verschiedensten deutschen Dienststellen im Protektorat im allgemeinen reibungslos und schnell.

Da die Aufgabe des Reichsarbeitsdienstes im Protektorat in den deutschen Volkstumsinseln zu suchen war, war die allgemeine Wahl der endgültigen Standorte damit gegeben.

Für die Wahl der vorläufigen Standorte waren zwei Gesichtspunkte massgebend:

- 1.) Vorhandensein günstiger Bedingungen als Ausgangspunkt für den geplanten Aufbau der Holzhauslager und
- 2.) beste Wirkungsmöglichkeiten für das erste Erscheinen des Reichsarbeitsdienstes im Protektorat.

Zunächst wurden die Gesichtspunkte des Punktes 2 wichtiger als die des Punktes 1 erachtet und deshalb fünf Abteilungen für eine vorläufige Unterbringung in Prag bestimmt. Von der Landeshauptstadt Prag aus mit ihren zahlreichen deutschen Behörden konnte dem ersten Auftreten des Reichsarbeitsdienstes die beste aufklärende und propagandistische Wirkung sicher sein. Die übrigen fünf Abteilungen wurden an den endgültigen Gruppenstandorten Budweis und Brünn vorläufig untergebracht.

Nach Festlegung des 15. und 16. Aprils als Einberufungstag für die ersten Dienstpflichtigen der 10 RAD.-Abteilungen wurde es notwendig, das Aussendienstführerkorps abzurufen. In den ersten Apriltagen wurden rund 250 Führer der mittleren und unteren Laufbahn in Prag zusammengezogen. Die aus fast allen

allen Gauen des Altreichs stammenden Führer bedurften einer grundlegenden Schulung und Ausrichtung für die sie erwartenden Aufgaben in neuartigen Verhältnissen. Diese Schulung erfolgte während eines 6 tägigen Aufenthaltes in Prag. Besonders wertvoll waren die Vorträge und grundlegenden Ausführungen führender deutscher Persönlichkeiten des Protektorates, insbesondere die des Herrn Staatssekretärs K. Hermann Frank und des Primator-Stellvertreters von Prag, Herrn Prof. Dr. Pfitzner sowie des Gauamtsleiters Pg. Gerland in Vertretung des Gauleiters Dr. Jury.

Am 15.4.1940 rückten 630 Dienstpflichtige aus dem Protektorat und am 16.4.1940 1130 Dienstpflichtige aus dem Reich (HAMA Nürnberg, Dresden und Wien) in die vorläufigen Unterkünfte ein. Mit der Ausbildung wurde sofort begonnen.

Inzwischen waren die endgültigen Standorte der Holzhausunterkünfte des Reichsarbeitsdienstes und der Holzhauslager des Reichsarbeitsdienstes für die weibliche Jugend vom Abschnittsführer festgelegt und vom Herrn Reichsarbeitsführer genehmigt worden. Der Aufbau der Holzhauslager konnte beginnen.

Um ein rasches und planmässiges Arbeiten in dem sehr weiträumigen Einsatzgebiet zu gewährleisten, wurde der Gesamtaufbau, also RAD. und RADwJ., in drei Baubereiche gegliedert. Je ein Baubereich wurde den Gruppenführern in Budweis und in Brünn unterstellt und ausserdem ein Baubereich für Iglau unter einem besonders für diese Zwecke gebildeten Stab vorgesehen. Die Gesamtleitung des Aufbaues im Sommerhalbjahr 1940 sowohl des RAD. als auch des RADwJ. lag in Händen des Führers des Abschnitts XXXIX.

Der Baubereich Budweis baute auf:

Unterkünfte des RAD.	=	1/390	Budweis
" " "	=	2/390	Budweis
" " RADwJ.	=	10/240	Schindelhof
" " "	=	11/240	Lodus

Der Baubereich Iglau baute auf:

Unterkünfte des RAD.	=	3/390	Iglau
" " "	=	4/390	Iglau
" " "	=	5/390	Stecken
" " "	=	6/390	Schlappenz

Unterkünfte

15

Unterkünfte des RADWJ.	=	1/240	Deutsch-Giesshübel
		4/240	Willenz
		3/240	Dobrenz
		2/240	Schlappenz
		12/240	Stecken
		13/240	Stannern

Der Baubereich Brünn baute auf:

Unterkünfte des RAD.	=	1/391	Brünn
		2/391	Brünn
		3/391	Wischau
		4/391	Olmütz
" " RADWJ.	=	5/240	Schöllschütz
		6/240	Hobitschau
		7/240	Rosternitz
		8/240	Schnobolin
		9/240	Nimlau

Zum Aufbau wurden Bauzüge der einzelnen Abteilungen eingesetzt. Grundsatz war: Jede Abteilung baut ihre eigene Unterkunft. Für Spezialarbeiten, soweit sie nicht Monteure der Lieferfirmen leisteten, wurden Handwerker der freien Wirtschaft herangezogen.

Während der Abschnittestab am 1.9.1940 sein endgültiges Stabsgebäude beziehen konnte, ist es bisher noch nicht möglich gewesen, den beiden Gruppenstäben in Budweis und in Brünn endgültige Unterkünfte zu beschaffen. Besonders für den Gruppenstab Brünn werden bereits seit Monaten Verhandlungen geführt, deren öftere Verzögerungen dazu führten, dass nunmehr den höchsten Stellen darüber berichtet wurde, sodass eine Lösung dieser Frage zu erwarten steht.

Weitere Schwierigkeiten ergaben sich zum Teil bei der Auswahl der Plätze für die Unterkünfte, wo besonders in einem Fall bei der Bearbeitung der Freigabe des Bauplatzes eine erhebliche Verzögerung verursacht wurde. Zum anderen Teil waren weitere erhebliche Schwierigkeiten zeitbedingt (Verzögerung der Anlieferung von Holzhaus-, Bau- und Installationsteilen).

Der Aufbau ist nunmehr soweit vorgetrieben, dass sämtliche 10 RAD.-Holzhausunterkünfte zum 1. Oktober bezugsfertig werden.

Der Aufbau der Holzhauslager des RADWJ. wird ebenfalls planmässig durchgeführt. Bereits bezogen sind die Lager

Deutsch-Giesshübel,
Willenz,
Schlappenz,
Schöllschütz.

Bis

16

Bis 15.10.40 werden, bei normalem Fortschreiten des Aufbaues, bezugsfertig sein die Lager

Stecken,
Schnobolin,
Nimlau,
Hobitschau,
Rosternitz,
Lodus,
Schindelhof,
Dobrenz und
Stannern.

Damit ist das gesteckte Aufbauziel trotz mannigfaltiger Schwierigkeiten erreicht worden.

Kurz zusammengefasst ergibt sich folgender Stand der Organisation des Abschnitts XXXIX zum 1.10.1940:

Gruppe K 390 Budweis mit 6 Abteilungen

K 1/390 Budweis I
K 2/390 Budweis II
K 3/390 Iglau I
K 4/390 Iglau II
K 5/390 Stecken
K 6/390 Schlappenz

Gruppe K 391 Brünn mit 4 Abteilungen

K 1/391 Brünn I
K 2/391 Brünn II
K 3/391 Wischau
K 4/391 Olmütz

Schon jetzt ergibt sich, dass der bisher erreichte Stand des Aufbaues den grossen und vielseitigen Aufgaben des Reichsarbeitsdienstes in den deutschen Volksinseln des Protektorates nicht genügen kann. Ein weiterer Ausbau wird notwendig sein. Entsprechende Vorschläge sind kürzlich bereits dem Herrn Reichsarbeitsführer zugeleitet worden (Bericht vom 23. August 1940 Nr. 35/40 geheim).

Die beim Aufbau gesammelten Erfahrungen werden in einem besonderen Erfahrungsbericht zusammengefasst und etwa im November 1940 vorgelegt werden.

II. Erziehung und Ausbildung:

Die Erziehung und Ausbildung des ersten Halbjahrganges der RAD.-Dienstpflichtigen im Protektorat erfolgte nach den vom Herrn Reichsarbeitsführer herausgegebenen Richtlinien.

Ab

Ab Juli setzte die befohlene RPT.-Ausbildung ein und wurde bis einschliesslich August durchgeführt.

Dem politischen Unterricht wurde besonders auch im Hinblick auf das grosse Geschehen der Zeit grösste Beachtung geschenkt.

Vormilitärische Ausbildung und Leibeszucht konnten wegen Mangel an Geräten nur behelfsmässig durchgeführt werden.

Ein besonderes Augenmerk wurde der Frage der Pflege der Kameradschaft der Führer des Reichsarbeitsdienstes im Protektorat zugewendet. Als erste Massnahme wurde die Einrichtung eines Führerheimes im neuen Stabsgebäude des Abschnittsstabes in die Wege geleitet. Ähnliche Einrichtungen sind bei den Gruppenstäben ins Auge gefasst. Auch in den Abteilungen wird auf die Ausgestaltung der Führermessen ein besonderes Augenmerk gerichtet.

III. Gesundheitsführung:

Der Gesundheitszustand der Dienstpflichtigen war gut. Massenerkrankungen traten, mit Ausnahme einiger Scharlachfälle bei einem Bauzug, nicht auf.

Die Schwierigkeiten der ärztlichen Betreuung der Dienstpflichtigen sind im Protektorat aussergewöhnlich gross. Die sanitären Verhältnisse, der Zustand der Krankenhäuser usw. sind grösstenteils unseren Anforderungen in keiner Weise gewachsen. Auch auf diesem Gebiet ist der Reichsarbeitsdienst dazu berufen, Pionierarbeit zu leisten und wird damit der Lebenskraft des deutschen Volkstums eine wertvolle Stütze sein.

IV. Ersatz- und Meldewesen:

Die Arbeit der Ersatzdienststellen wurde durch die im Protektorat bedingten Verhältnisse sehr erschwert. Abgesehen von den deutschen Sprachinseln Brünn, Iglau, Budweis und Olmütz wohnen 50 % aller Dienstpflichtigen verstreut auf dem Lande.

Dazu gab es bei Aufnahme der Arbeit unserer Ersatzdienststellen fast keine Unterlagen für die Erfassung der Dienstpflichtigen. Diese mussten erst in mühevoller Kleinarbeit selbst geschaffen werden.

V. Volkstumsarbeit:

Die Stärkung des deutschen Volkstums in politischer und kultureller Hinsicht ist mit die wesentlichste Aufgabe unseres Einsatzes im Protektorat. Auf diesem Gebiet konnten schon im ersten Halbjahr schöne Erfolge erzielt werden. Durch Ausmärsche und Sonntagswanderungen in die deutschen oder zum Teil deutschen Dörfer der Standortumgebungen wurde die erste Verbindung mit der deutschen Bevölkerung aufgenommen. Die Durchführung von Morgenfeiern, Sportwettkämpfen und Feiern anlässlich nationaler Feiertage und Gedenktage, vielfach auch zusammen mit unseren Arbeitsmädchen, trug wesentlich zur Stärkung des Selbstbewusstseins der streudeutschen Bevölkerung bei und verankerte vor allem auch das Ansehen des Reichsarbeitsdienstes in ihren Herzen.

In dieser Richtung erwiesen sich als besonders erfolgreich die Volkstumsveranstaltungen der Gruppe K 390 in Budweis und Umgebung in der Zeit vom 15. bis 21. Juni.

Das Band des Vertrauens zwischen der deutschen Bevölkerung und dem Reichsarbeitsdienst ist geknüpft worden. Eine der Hauptaufgaben wird es weiter sein, die aufgenommene Verbindung noch fester zu gestalten.

VI. Propaganda:

Die Notwendigkeit einer geeigneten und guten Propaganda wurde von Anfang an erkannt. Die gemachten Erfahrungen zeigten, dass besonders die Volksdeutschen des Protektorates über Sinn und Ziele des Reichsarbeitsdienstes aufgeklärt werden mussten, aber auch manche örtlichen führenden Stellen.

Durch enge Zusammenarbeit mit der deutschen Presse - Beteiligung bei allen Veranstaltungen des Reichsarbeitsdienstes und Übergabe von aufklärenden Artikeln zur Veröffentlichung - wurde versucht dieser Aufgabe gerecht zu werden.

VII. Besondere Ereignisse:

Als ausserordentlich wertvoll im Sinne einer guten Propaganda für den Reichsarbeitsdienst können zwei besondere Ereignisse dieses Sommerhalbjahres hingestellt werden:

1.)

- 1.) der Besuch des Herrn Reichsarbeitsführers am 8. und 9. Mai und
- 2.) der Besuch des Führers des Bulgarischen Arbeitsdiensttheeres anlässlich seiner Durchreise nach Berlin.

Am 8. Mai wohnten der Herr Reichsprotector und der Herr Reichsarbeitsführer der feierlichen Eröffnung des RADWJ.-Lagers Deutsch-Giesshübel, des ersten RADWJ.-Lagers im Protectorat bei.

Anlässlich der Durchreise der bulgarischen Gäste wurde durch einige Baustellenbesichtigungen und einen Besuch im RADWJ.-Lager Deutsch-Giesshübel den bulgarischen Gästen ein Einblick in die Arbeit des Reichsarbeitsdienstes im Protectorat gegeben.

Ferner fand am 19.6.1940 ein Appell und Vorbeimarsch vor dem Herrn Reichsprotector auf dem Lorettoplatz statt. Veranlassung war die Verlegung des grössten Teiles der in Prag vorläufig untergebrachten Abteilungen in ihre endgültigen Standorte. An dieser Veranstaltung nahmen Vertreter von Partei und aller sonstigen Dienststellen sowie der Wehrmacht bevollmächtigte teil.

Prag, im September 1940.

R. M. ...

XXIX D 74

Sicherheitsdienst R7//
SD-Leitabschnitt Prag

B 2 - VA 1947

Prag=Bubentfch 30.9.40
Sachfenweg
Fernsprecher 77444

20

An den
persönlichen Referenten des Staatssekretärs
beim Reichsprotector in Böhmen und Mähren
H-Obersturmbannführer Dr. G i e s

P r a g

Betr.: Reichsarbeitsdienst.

Vorg.: Dort Vermerk v. 16.9.40.

Anlg.: 2 -urschriftlich- (nicht 9).

Anliegend wird der mit dortigem Vermerk vom 16.9.40 über-
lassene Vorgang nach Kenntnisnahme und Auswertung zurückgesandt.

St. S. VII C. : 2/10.40

2/10.40

i. G.
Sarabi
H-Hauptsturmführer



Volksfürsorge

Büro des Staatssekretärs
 beim Reichsprotektor
 in Böhmen und Mähren.
 Eing.: 4. SEP. 1940
 Tgb. Nr.: 4608 21

Lebensversicherungsgesellschaft - Aktiengesellschaft

• Vollfürsorge Lebensversicherungsgesellschaft, Repräsentanz
 für das Protektorat Böhmen und Mähren, Prag II, Stephanogasse 39a

Herrn
 Staatssekretär K.H. Frank,
 Prag IV.
 Czernin Palais.

Repräsentanz
 für das Protektorat Böhmen und Mähren
 Fernsprecher 24085, Postparkaffe Prag 92365

Prag II
 Stephanogasse 39a

Ihr Zeichen:

Ihre Nachricht vom:

Unser Zeichen: Kö/u

Den 3. IX. 1940.

Betrifft: Jahresbericht.

Sehr geehrter Herr Staatssekretär!

Wir erlauben uns, Ihnen anbei die Jahresberichte 1939 der
 Sudetendeutschen Volksfürsorge und unserer Hamburger Mutter-
 gesellschaft zu übermitteln.

Heil Hitler!
Volksfürsorge
 Lebensversicherungsgesellschaft
 Repräsentanz für das Protektorat
 Böhmen und Mähren
 Prag II, Stephanogasse 39a.

K. Müller

2 Beilagen.

TF

16/9

*Immer feiner
auf Freitag!*

22

16. September 1940.

Die Übersetzten Berichte wurden unter der Nr. 10.1.1.1. in das Archiv des Herrn Staatssekretärs eingeleitet.

Jahresbericht.

04.21.3

Dort. Schreiben vom 3.9.1940 - Zeichen Kö/u.

10.1.1.1. 1940

An die
Volksfürsorge,
Lebensversicherungs AG,
Repräsentanz für das Protektorat Böhmen und
Mähren,
P r a g II,
Stephansgasse 39 a.

Der Herr ²⁰¹⁸² Staatssekretär lässt für das angeführte Schreiben und für die Übersendung der Jahresberichte 1939 der Sudetendeutschen Volksfürsorge und der Hamburger Muttergesellschaft danken.

Heil Hitler!

St. S.

mit Archiv Nr 201. erbeten
Plan 28/41.
Oberregierungsrat.

2.) Z.d.A.

St. S.

wenden!

22a

Die übersandten Berichte wurden unter der Nr.
D.I.a 4 in das Archiv des Herrn Staatssekretärs
eingereicht.

6.12.40

Prüfer

63102



Ja

23

Geheim

P 2/10

s. a. d.

1. 20/10. 40

Verwaltungsbericht
für den Monat September 1940.

I. Verwaltung und Organisation.

17. Bei Wahrnehmung der mir obliegenden Aufgabe, die Landesbehörde politisch zu beaufsichtigen, habe ich mich in den letzten Monaten bewußt zurückgehalten, um dem deutschen Landesvizepräsidenten Gelegenheit zu geben, in seinem neuen Amt von sich aus neugestaltend in den Gang der Verwaltung einzugreifen. Ich habe Wert darauf gelegt, bei Dr. Schwabe in keiner Weise das Gefühl einer Einengung seiner Tätigkeit aufkommen zu lassen, und wollte die Methode und die Art unseres künftigen Zusammenwirkens sich aus der gemeinsamen praktischen Arbeit entwickeln lassen. Er ist lediglich, wie ich bereits in meinem letzten Verwaltungsbericht erwähnt habe, von mir auf einige besondere Probleme hingewiesen worden, die mir wert erschienen, daß sie von Dr. Schwabe beschleunigt und vordringlich in Angriff genommen und einer Lösung entgegengeführt wurden. Seine lange Abwesenheit von seinem Amt hat allerdings diese meine Bemühungen noch zu keinem sehr greifbaren Ergebnis kommen lassen. Dr. Schwabe hat sich am 1. August 1940 zu einem 4-wöchentlichen militärischen Umschulungskursus gemeldet und bisher seinen Dienst noch nicht

wieder

VF

wieder aufgenommen. Soweit ich in Erfahrung bringen konnte, ist die militärische Übung verlängert worden und wird Dr.Schwabe voraussichtlich noch etwa 2 Wochen vom Dienst fernhalten. Die Leitung seines Büros hat er seinem politischen Referenten, Dr.Marcus, übergeben, eine Maßnahme, die sich als nicht sehr glücklich erwiesen hat, da sich der ebenfalls im Büro Schwabe tätige 62-jährige Oberrat Dr.Jung gegenüber dem jungen Marcus zurückgesetzt und ausgeschaltet fühlt und mich bereits öfter um ein Eingreifen zu seinen Gunsten gebeten hat. Ich habe selbstverständlich davon abgesehen, mich für diese internen Fragen des Büros Schwabe zu interessieren, habe aber mit Bedauern feststellen müssen, daß sich die lange Abwesenheit Dr.Schwabe's so kurze Zeit nach seinem Dienstantritt nicht weniger als die Gegensätzlichkeiten unter den Beamten seines Büros nicht gerade sehr förderlich für die Autorität der deutschen Beamten innerhalb der Landesbehörde auswirken. Hinzu kommt, daß Dr. Marcus, der eine an sich recht erfreuliche Aktivität und Lebendigkeit zeigt, in letzter Zeit in seinem Eifer selbständige Maßnahmen von politischer Tragweite getroffen hat, für die er meine vorherige Zustimmung hätte einholen müssen.Er hat in einem von ihm im Auftrage des Landespräsidenten gezeichneten Schreiben bei der Staatspolizeileitstelle die Verhaftung von 4 höheren Beamten der Landesbehörde beantragt, die auch durchgeführt wurde. Ich habe von der Angelegenheit

erst

erst durch die mündlichen Vorstellungen erfahren, die der Landespräsident bei mir erhoben hat. Dem Vorgang liegt folgender Tatbestand zu Grunde: Im Oktober v.Js. wurde ein Lehrer Pinos im Oberlandratsbezirk Zlin verhaftet, weil er das Abzeichen der NG. verkehrt mit der Spitze nach oben am Rockaufschlag getragen hatte. Obwohl der Oberlandrat die sofortige Entfernung des Pinos von seinem Amte verlangt hatte, zögerte der tschechische Landesschulrat die Erledigung der Angelegenheit wochenlang hinaus, und als es endlich zu einer Verhandlung vor der Disziplinarcommission kam, erfolgte ein Freispruch. Der Landesvizepräsident hat darauf im Juli d.Js. auf mein Ersuchen um Eingreifen, den Landesschulrat personell umbesetzen lassen und die Durchführung eines erneuten Verfahrens gegen Pinos vor der mit anderen Beamten besetzten Disziplinarcommission veranlaßt, die in ihrem Urteil inzwischen auf Dienstentlassung des Pinos erkannt hat. Nunmehr hat Dr. Marcus nachträglich die an dem ersten Disziplinarurteil beteiligten Beamten wegen staatsfeindlichen Verhaltens festnehmen lassen. Meine Überprüfung der Angelegenheit ist noch nicht abgeschlossen.

Dieser Vorgang, aber auch andere Gründe, geben mir Anlaß mich wieder stärker als bisher in den Gang der Verwaltung der Landesbehörde einzuschalten. Das Amt ist mit seinen 10 grossen Abteilungen eine derart umfangreicher und personell überbesetzter Apparat, daß

auch

auch der Landespräsident, der wie ich bereits wiederholt berichtet habe, mir gegenüber stets ein korrektes und loyales Verhalten zeigt, und sich bemüht, meinen Wünschen und Forderungen mit der wünschenswerten Schnelligkeit nachzukommen, nach meinem Eindruck nicht den notwendigen Überblick über seine Behörde hat und in weitgehendem Maße von seinen Abteilungs- und Gruppenleitern abhängig ist, die auch politische Entscheidungen von grösserer Bedeutung selbständig treffen, für die der Präsident oder sein Vertreter an sich die Verantwortung übernehmen müßte. Die Landesbehörde zählt allein 346 höhere Beamte und zwar:

Beamte des höheren Verwaltungsdienstes	148
Beamte des höheren technischen Dienstes	122
Beamte des Vermessungsdienstes	13
Beamte des wirtschafts-technischen Dienstes	39
Beamte des Forstdienstes	6
Medizinalbeamte	8
Veterinärbeamte	10

Es ist unvermeidbar, daß bei einem derartigen aufgeblähten Apparat die Abteilungsvorstände eine Bedeutung gewinnen, die bei einer Mittelbehörde an sich ungewöhnlich ist. Es erscheint mir daher notwendig, auch diese leitenden Beamten einer genaueren Nachprüfung auf ihre politische Tragbarkeit zu unterziehen. Schon jetzt haben meine Ermittlungen ergeben, daß sich unter ihnen Beamte befinden, die nicht nur wegen ihrer politischen

27

politischen Vergangenheit, sondern auch wegen ihrer heutigen Haltung und Einstellung wenn nicht ganz entfernt, so doch ausgetauscht und auf weniger einflußreiche Stellen versetzt werden müssen. Ich habe den Landespräsidenten bereits auf diese Notwendigkeit hingewiesen, für die er durchaus Verständnis zeigte; er erklärte mir, daß er es sogar begrüßen würde, wenn einige leitende Posten seiner Behörde mit deutschen Beamten besetzt würden. In letzter Zeit konnten ihm zwei höhere Beamte der Regierung in Troppau benannt werden, der Oberregierungsrat Chipek und der Regierungsrat Schweidnitz, die bei mir Anträge auf Übernahme in die Protektoratsverwaltung und Verwendung in Brünn gestellt haben. Beiden Beamten hat der Landespräsident bereits das Dekret über ihre Einstellung in den Dienst der Landesbehörde zugestellt. Es ist nunmehr nur noch notwendig, daß das Reichsinnenministerium die Beamten freistellt. Der Oberregierungsrat Chipek käme für die Übernahme der Leitung einer Abteilung in Frage, Schweidnitz ist für den deutschen Landeschulrat vorgesehen.

Von Interesse dürfte in diesem Zusammenhange auch die Übersicht über den Umfang der Kenntnis der deutschen Sprache bei der Beamtenschaft der politischen Verwaltung in Mähren sein. Es beherrschen nach den von mir angestellten Erhebungen die deutsche Sprache:

Höhere

	fließend	mit ausreichender Verständigungsmöglichkeit	nur ganz unzulänglich oder überhaupt nicht
<u>Höhere Beamten:</u>			
bei der Landesbehörde	105	161	76
bei den Bez.Behörden	161	149	108
<u>Mittlere Beamte:</u>			
bei der Landesbehörde	108	138	156
bei den Bez.Behörden	111	155	397
<u>Untere Beamte:</u>			
bei der Landesbehörde	28	48	53
bei den Bez.Behörden	44	68	88

Die Zahlen beweisen den noch völlig unzureichenden Stand der Sprachkenntnisse und die Notwendigkeit, die angeordneten und bereits eingerichteten deutschen Sprachkurse mit allem Nachdruck zu fördern. Über den Erfolg der laufenden Kurse lasse ich mir von der Landesbehörde laufenden Bericht erstatten.

12. Ich habe ferner überprüfen lassen, wie der Stand der Verhaftungen bei den Beamten der politischen Verwaltung im Lande Mähren ist, und welche Maßnahmen von Seiten der Behörden gegen diese Beamten getroffen wurden. Es muss als ein bedenkliches Zeichen gewertet werden, daß die Zahl der Verhaftungen von öffentlichen Bediensteten, vor allem von Lehrern, in letzter Zeit in starkem Maße zugenommen hat. Aus den Tagesberichten

der

der Staatspolizeileitstelle, die im Laufe des September erneut zu umfangreichen Festnahmen schreiten mußte, ist zu entnehmen, daß sich unter den mehr als 200 verhafteten Personen des letzten Monats nicht weniger als 17 Lehrer und 30 sonstige Beamte aus allen Zweigen der Verwaltung, vorwiegend Steuerbeamte, aber auch 4 Gendarme, ein Distriktsarzt und ein Stadtbaurat u.a. befinden. Die Lehrer gehören fast sämtlich der tschechischen Geheimorganisation (NO.) an. Die Protektoratsbehörden stehen den Tatsachen dieser nicht abreissenden Kette von Verhaftungen ihrer Beamten ziemlich teilnahmslos gegenüber und verzichten auf jede Überprüfung der Tatbestände, die zu den Verhaftungen geführt haben. Ich habe auch feststellen müssen, daß der Erlaß des Herrn Reichsprotectors vom 23.5.1940 - I 1 3 664 - an den Ministerpräsidenten, in dem angeordnet war, daß bei Verhaftungen von Beamten und Angestellten die sofortige Dienstenhebung und Verkürzung des Gehaltes auf die Hälfte durchzuführen sei, der Landesbehörde seitens des Innenministeriums nicht bekannt gegeben worden ist. Infolgedessen sind gegen die verhafteten Beamten bisher nur in den wenigsten Fällen disziplinare Maßnahmen eingeleitet und Gehaltskürzungen vorgenommen worden. Ähnlich liegen die Verhältnisse bei der Landesfinanzdirektion, deren Präsident ebenfalls in Unkenntnis des Erlasses vom 23.5.1940 gegen die verhafteten Beamten bis-

her

her nicht disziplinarisch eingeschritten ist. Ich habe nunmehr angeordnet, daß die erforderlichen Maßnahmen sofort nachzuholen und mir auch lückenlose Verzeichnisse über alle festgenommenen Beamten und Angestellten der Staats- und Kommunalverwaltungen im Lande Mähren vorzulegen seien. Auch die Staatspolizeileitstelle ist von mir gebeten worden, sich künftig bei Verhaftungen von Personen, die im öffentlichen Dienst stehen, nicht nur auf die Mitteilung in den Tagesberichten zu beschränken, sondern mir in jedem einzelnen Falle über derartige Festnahmen nach Möglichkeit unter genauer Angabe des Grundes Nachricht zukommen zu lassen.

Ein stärkeres Augenmerk wird auch den personellen Verhältnissen bei der Gendarmerie in Mähren zugewandt werden müssen. Beim Stabe des Gendarmeriekommandeurs in Brünn, des Oberst Kľofanda, befinden sich neben dem volksdeutschen Oberstleutnant Langhammer 3 weitere Stabs- und Inspektionsoffiziere, von denen der Oberstleutnant Drozda Legionär ist und kaum die deutsche Sprache beherrscht, und auch die beiden übrigen in keiner Weise als zuverlässig angesprochen werden können. Die 3 Adjutanten des Kommandeurs sind ausgesprochene Chauvinisten, insbesondere der von der tschechischen Armee übernommene Stabskapitän Hodek, der die Personalangelegenheiten der Gendarmeriebeamten bearbeitet. Bei den Gendarmerieabteilungen in Mähren sind von den 9 Kommandeurstellen, von denen 2 zur Zeit unbesetzt sind,

mit

mit ehemaligen Legionären besetzt. Der Oberst Klofanda selbst bemüht sich zwar äußerlich eine loyale Haltung zu zeigen, tut aber nichts, um sein Offizierkorps in einem den politischen Gegebenheiten entsprechendem Sinne zu beeinflussen und zu erziehen. Die beiden einzigen Volksdeutschen Offiziere in höheren Stellungen, Oberstleutnant Langhammer und Major Franz - Jglau, sehen sich einer einheitlichen Abwehrfront gegenüber, die es ihnen unmöglich macht, einen stärkeren Einfluss zu gewinnen. Langhammer hat mir sogar berichtet, daß die Gespräche verstummen, wenn er zu den übrigen Offizieren des Stabes tritt. Ich habe wiederholt mit den Herren des Polizeiregiments Mähren über diese untragbaren personellen Verhältnisse bei der Gendarmerie gesprochen und die Ausschaltung der Legionäre angeregt; es wurde mir aber entgegen gehalten, daß sich personelle Umsetzungen zur Zeit nicht durchführen liessen, da beim Befehlshaber der Ordnungspolizei in Prag Wert auf genaueste Beachtung des Autonomiegedankens innerhalb der Protektoratspolizei gelegt würde. Diese Einstellung ist mir nicht ganz verständlich, gerade auf dem Gebiet der Polizei sind seit Errichtung des Protektorates weitgehende Eingriffe in die Autonomie erfolgt. Ich brauche nur zu erinnern an die Umgestaltung der Polizei in Jglau, die fast völlig aus dem Rahmen der Protektoratsverwaltung aus herausgelöst und aus Angehörigen der SS neu gebildet wurde. Auch die Polizeidirektionen in

Mährisch

Mährisch Ostrau und Olmütz sind reichsdeutschen Beamten unterstellt worden, ohne daß dabei Rücksicht auf die Autonomie des Protektorats genommen wurde. Mit diesen Maßnahmen ~~die~~ scheint mir nicht in Einklang zu stehen, daß bei der Gendarmerie, deren Bedeutung weit höher zu bewerten ist als die einer städtischen Polizeibeamtenschaft, geduldet wird, daß die Mehrzahl der höheren Offiziere sich aus Legionären und radikal ^{re} gesonnenen Elementen zusammensetzt. Unter diesen Umständen ist es durchaus verständlich, daß sich von den wenigen in Mähren vorhandenen deutschen Gendarmeriebeamten ein so großer Teil zur Übernahme in die deutsche Kriminalpolizei gemeldet hat. Unter Legionäroffizieren Dienst zu tun, deren feindseliger Geist überall zu spüren ist, ist für volksdeutsche Beamten eine schwere und fast untragbare Belastung.

II. Volkstumsfragen.

Schulwesen.

Die mit Beginn des neuen Schuljahres durchgeführte Zählung der deutschen Schüler im Lande Mähren hat nach den Berichten, die mir vom deutschen Landesschulrat zugegangen sind, vorläufig folgendes Ergebnis gehabt:

Möhere Schulen	2309 Schüler
Bürgerschulen	5493 Schüler
Volksschulen	9647 Schüler.

Es entfallen auf den Schulaufsichtsbezirk

	<u>Bürgerschüler:</u>	<u>Volksschüler:</u>
Brünn-Stadt	1986	2435
Brünn-Land	435	1234
Jglau	901	1633
Mähr.Ostrau	1140	2138
Olmütz	1031	2205
	<hr/> 5493	<hr/> 9647

Am 1.7.1940 betrug die Zahl der deutschen Volks- und Bürgerschüler in Mähren 14366. Falls sich die für das neue Schuljahr gemeldeten Zahlen als endgültig erweisen, beträgt der Zuwachs gegenüber dem vorigen Schuljahr 772 Schüler, der allerdings ausschliesslich auf die Bürgerschulen entfällt. Bei der Zahl der Volksschüler ist sogar ein Rückgang von 368 Schülern eingetreten, der auf den vermehrten Übergang der deutschen Schüler in die Bürgerschulen, aber auch auf die Schwäche der Geburtsjahrgänge, die jetzt zum Eintritt in die Schule gelangen,

zurück.

zurückgeführt werden muss.

Die Vorbereitungen für die vorgesehenen Schulbauten in Mähren nehmen ihren Fortgang, allerdings nicht mit der Schnelligkeit, die wünschenswert wäre. Die tschechischen Behörden in Mähren, die bei den Schulbauten mitzuwirken haben, vor allem die Hochbauabteilung der Landesbehörde, dessen Leiter mir laufend mündlich Bericht über den Stand der Planungsarbeiten erstattet, zeigen durchaus den Willen, ihre Arbeiten beschleunigt zum Abschluß zu bringen. Das langwierige Genehmigungsverfahren, das den örtlichen Behörden fast völlig die Möglichkeit selbständiger Entscheidungen nimmt, und sie immer wieder zur Einreichung ihrer Vorschläge an die zuständigen Ministerien in Prag zwingt, hat sich als ein schweres Hemmnis bei der schnellen Durchführung der Bauten erwiesen. Ich habe mit Bericht vom 12. Sept. 40 Vorschläge für eine Abkürzung des Verfahrens gemacht, auf die ich bei dieser Gelegenheit nochmals hinweisen möchte. Nachdem nunmehr nicht mehr damit gerechnet werden kann, daß noch in diesem Herbst mit den eigentlichen Bauarbeiten begonnen wird, muss wenigstens sichergestellt werden, daß sämtliche Schulneubauten, deren Errichtung gefordert worden ist, so rechtzeitig im Frühjahr in Angriff genommen werden, daß sie im Herbst n. Js. bezugsfertig sind.

Immer dringender erweist sich das Bedürfnis nach Errichtung eines eigenen Schulaufsichtsbezirkes Brün-
Land, da bei der jetzigen Gliederung der Schulaufsichts-
bezirke der Bezirksschulinspektor von Brünn in unerträg-
licher Weise überlastet ist. Andererseits erschwert es die Arbeit der Oberlandräte, ständig mit zwei Bezirks-

schulinspektoren arbeiten zu müssen. Ich bitte deshalb nochmals die Neueinteilung der Schulbezirke und die von mir vorgeschlagene Ernennung des Fachlehrers Neumann zum Bezirksschulinspektor von Brünn-Land ^{so} baldmöglichst vorzunehmen.

Heimbauten:

Von den vorhandenen Schülerheimen sind vom Bund Deutscher Osten die Heime in Ung.Hradisch und Göding ausgebaut und zu Beginn des neuen Schuljahres in ihrer vergrößerten Form in Betrieb genommen worden. Neu eingerichtet wird auch vom Bund Deutscher Osten ein Schülerheim in Wischau mit einem Fassungsraum von etwa 20 Kindern. Es wird untergebracht im Gebäude der neuen deutschen Volksschule, in der bisher eine tschechische Frauenberufsschule betrieben wurde, die der Regierungskommissar anderweit untergebracht hat. Als ganz unzureichend hat sich bei dem schnellen Anwachsen der Schülerzahl zu Beginn des neuen Schuljahres das Heim in Gewitsch erwiesen, für dessen angemessene Unterbringung wahrscheinlich das Gebäude der Landwirtschaftsschule in Anspruch genommen werden muss, das an sich den Tschechen freigegeben werden sollte, nachdem sie auf Grund meiner Verhandlungen mit dem Leiter des tschechischen Landesschulrates ein ganzes Stockwerk im Gebäude des Realgymnasiums zur Unterbringung sowohl der Bürgerschule als auch der Volksschule freiwillig zur Verfügung gestellt haben. Über diese Frage wird der Oberlandrat noch besonders berichten.

Deutsches

Deutsches Theater.

Der Beginn der Theaterspielzeit in den Städten Brünn, Mährisch Ostrau und Jglau rückte die deutsche Kulturarbeit wieder stärker in den Vordergrund. In Brünn erhielt die Eröffnungsvorstellung, die eine sorgsame vorbereitete und gemessen an den verfügbaren Mitteln auch recht beachtliche Aufführung des "Tannhäuser" brachte, eine besondere Note durch die Anwesenheit des Herrn Unterstaatssekretärs Dr. von Burgsdorff, der im Namen des Reichsprotectors Worte der Begrüßung sprach. Bei Beurteilung der Leistungen der deutschen Theater muß in Rechnung gestellt werden, daß sie mit ganz erheblichen technischen und finanziellen Schwierigkeiten zu kämpfen haben. An Rührigkeit und Aktivität lassen es aber die drei Intendanten, jeder in seiner Art, nicht fehlen; sie bemühen sich redlich, ihre Bühnen nicht hinter den tschechischen Theatern zurückstehen zu lassen, die mit grossem Aufwand und weitgehendster finanzieller Unterstützung behördlicher Stellen arbeiten. Es ist auch in diesem Jahre erstmalig gelungen, die 3 mährischen Theater zu einer engeren Zusammenarbeit zu bringen. Der Brünner Intendant wird dem Mähr-Ostrauer und Jglauer Theater seine Opern- und Operettenkräfte so weitgehend wie möglich zur Verfügung stellen. Auch die kleineren mährischen Städte werden in dieser Spielzeit stärker als bisher mit Gastspielen bedacht werden. An sich wäre es Aufgabe des Generalintendanten

Wallek

Wallek gewesen, nicht nur bei den Verhandlungen über die Zusammenarbeit der mährischen Theater, sondern auch bei der Aufstellung der Spielpläne und der Beschaffung der Mittel fördernd und anregend mitzuwirken. Er zeigte aber nur ein sehr mangelhaftes Interesse für die mährischen Bühnen und hat für eine einheitliche künstlerische Ausrichtung der 3 Theater nichts getan.

Film.

Auch im Filmwesen macht sich das Fehler einer starken Führung von Prag bemerkbar. Es bestehen noch weitgehende, bisher aber unausgenutzte Möglichkeiten, den Film in Mähren für die Stärkung der deutschen Position einzusetzen. Die mit grossem Aufwand ins Leben gerufene Treuhandgesellschaft in Prag hat sich, wie von Anfang an zu erwarten war, als eine Fehlinstitution erwiesen, die jedenfalls in Mähren eine nachhaltige und fruchtbare Tätigkeit nicht zu entfalten gewusst hat. Ihr in die Wege geleiteter Abbau ist nur zu begrüßen. Völlig ungeklärt ist auch die wichtige Frage des Kinolizenzwesens. Es ist hinlänglich bekannt, mit welcher Energie die Tschechen früher das Lizenzwesen zur Stärkung ihrer politischen Machtpositionen und zur finanziellen Unterstützung ihrer Kampfverbände (Sokol usw.) ausgenutzt haben. Ich bin bemüht gewesen, obwohl ich an sich die völlige Abschaffung des Lizenzwesens für wünschenswert halte, die

Lizenzen

Lizenzen für einige besonders bedeutsamen Kinos in den deutschen Städten a für den Bund Deutscher Osten sicherzustellen, da ich es für untragbar halte, daß noch heute auf dem Wege über die Lizenz aus den Erträgen deutscher Filmtheater erhebliche Mittel tschechischen Verbänden und Vereinen zufließen. Diese Bemühungen wurden unterbrochen durch die von der Gruppe Kulturpolitik in Prag getroffenen Anordnung, daß künftig neue Lizenzen nicht mehr vergeben werden dürfen. Gestützt auf diese Anordnung hat die Landesbehörde bei allen ablaufenden Lizenzen die bisherigen Inhaber in ihren Stellungen belassen; die Wünsche des Bundes Deutscher Osten auf Einschaltung in das Lizenzwesen mußten unerfüllt bleiben. Es ist dringend erforderlich, daß endlich eine generelle Lösung dieses Problems von Prag aus vorgenommen wird.

III. Wirtschaftsfragen.

Ein entscheidendes Problem auf dem Gebiet der Wirtschaft bildet für das Land Mähren der sogenannte Stoupal-Konzern, dessen Bedeutung für die Deutschumpolitik nach meiner Ansicht noch nicht die richtige Würdigung gefunden hat. Der Konzern ist, nach dem die radikalen und als unfruchtbar erkannten Eingriffe und Maßnahmen, die in der Verhängung der Zwangsverwaltung über den Konzern gipfelten, rückgängig gemacht worden sind, unter die Beaufsichtigung des SS-Sturmbannführers Dr. Eilers gestellt und Stoupal als Leiter seiner Unternehmungen wieder eingesetzt worden. Dabei soll das Gutachten, das Dr. Horst von der Gesellschaft für Wirtschaftsberatung über den Konzern erstattet hat, die Grundlage für die künftige Behandlung und die Reorganisation der Stoupal-Betriebe sein. Gegen dieses Gutachten, das ich erst kürzlich zur Kenntnis erhielt, habe ich vom politischen Standpunkt erhebliche Bedenken. Dr. Horst vertritt die Ansicht, daß Stoupal bei dem Aufbau seines Konzerns ausschließlich von dem Wunsch geleitet worden sei, seinen mährischen rübenbauenden Kleinbauern im Kampf gegen kapitalistische Wirtschaftsinteressen beizustehen, daß er als ein beachtlicher Vorkämpfer für gesunde genossenschaftliche Ideen betrachtet werden müsse und daß ihm eine wesentliche Schädigung der deutschen Interessen in der Vergangenheit nicht zum Vorwurf gemacht werden könne. ^{Dr. Horst} Begründet sich nach meiner

meiner Überzeugung auf völligen politischen Fehlschlüssen. Stoupal ist als Wirtschaftsführer zweifellos ein Mann von überdurchschnittlichen Fähigkeiten und großem Weitblick, der wirtschaftlich gesehen, für die Festigung des Bauerntums in Mähren Beachtliches geleistet und dabei auch vom Standpunkt der Wirtschaftspolitik des Reiches als brauchbar anzuerkennende Gedanken zur Durchführung gebracht hat. Er ist aber keineswegs nur ein Mann der Wirtschaft, sondern war stets in erster Linie Politiker und zwar ein Politiker von einer für das Deutschtum überaus gefährlichen Zielsicherheit und Konsequenz. Ich habe mich über Stoupal und seine Politik häufig mit sehr einsichtigen und die Dinge aus einer genauen Kenntnis beurteilenden Volksdeutschen unterhalten, die mir übereinstimmend zum Ausdruck gebracht haben, daß bei Stoupal der beherrschende Gedanke stets gewesen ist, in der Politik als der Führer der Agrarpartei eine maßgebende und führende Rolle zu spielen. Die Förderung der Kleinbauern, die er als Wähler seiner Volkspartei brauchte und die er mit allen Mitteln wirtschaftlicher Bindung an sich zu fesseln verstand, war ihm nur Mittel zur Erringung politischer Macht. Gegen das Deutschtum hatte er als nationaler Tscheche mit rücksichtsloser Energie gekämpft und hat an der wirtschaftlichen Schwächung und Aushöhlung des Deutschtums in Mähren einen bedeutsamen Anteil, dessen Ausmaß bei seiner Fähigkeit wirtschaftliche Vorgänge geschickt zu verschleiern auch heute noch nicht voll zu erkennen ist. Die Tatsache, daß es Stoupal gelungen ist, bei Dr. Horst ~~XXX~~ die Überzeugung zu erwecken, daß alle seine Maßnahmen nur

41

wirtschaftlichen Zwecken gedient haben, beweist seine Gesandtheit, ist aber, wenn das Horst'sche Gutachten ~~für~~ Grundlage für spätere Maßnahmen sein soll, recht bedenklich. Jedenfalls vertrete ich die Ansicht, daß Stoupal, wenn er auch bei seinen ungewöhnlichen Kenntnissen und Erfahrungen als Leiter s einer Unternehmungen zur Zeit noch nicht entbehrt werden kann, bei seiner künftigen Tätigkeit weitgehend unter Aufsicht gestellt werden muss. Ich darf annehmen, daß die heutige Form der Aufsicht bereits dieser Tatsache Rechnung trägt. Daneben erscheint es mir aber auch dringend notwendig, daß auch über die sonstigen Unternehmungen, die Stoupal neben seinem Zuckerkonzern ins Leben gerufen hat, und die er auch heute noch unangefochten beherrscht, restlose Klarheit geschaffen wird. Ich habe bereits vor einiger Zeit in einem längeren Bericht auf die mährischen Kolonisationsgesellschaft hingewiesen, ein reines Tschechisierungsinstrument, das sich Stoupal geschaffen hat, um bei der Bodenreform vornehmlich deutschen Grund und Boden an sich zu bringen und ihn dann an seine Anhänger zu verteilen. Diese Kolonisationsgesellschaft, der Stoupal bald nach Errichtung des Protektorats den tarnenden Namen einer Genossenschaft zur Förderung landwirtschaftlicher Produktion in Mähren zu geben gewußt hat, stellt eine Dachgesellschaft für eine ganze Reihe von weiteren Genossenschaften, vor allem Wald- und Weidegenossenschaften, dar, die wieder in einer für die Wirtschaftspolitik Stoupal typischen Form mit

mit anderen Unternehmungen, Banken und Genossenschaften verflochten und finanziell verbunden sind. Die Kolonisationsgesellschaft mit ihren Unterorganisationen verfügt auch heute noch über beträchtlichen Grundbesitz. Es muss daher vom Standpunkt der Deutschtumspolitik als ein vordringliches Erfordernis angesehen werden, diese Gesellschaften und Genossenschaften unter deutsche Kontrolle und deutschen Einfluss zu bringen. Ich werde mich jedenfalls um Klarstellung dieser Dinge mit allen Nachdruck bemühen.

15

Ein weiteres wirtschaftliches Problem, das meine Dienststelle in letzter Zeit beschäftigt hat, ist der Schleich- und Kettenhandel, den die Tschechen auch unter den Augen der reichsdeutschen Behörden ohne Rücksicht und Hemmungen glauben treiben zu können. Der mir zugeweilte Regierungsrat Brandtner hat als Leiter der Preisüberwachungsstelle Brünn durch ein Sonderkommando zunächst eingehende Erhebungen über den Kettenhandel mit lebendem Vieh und Fleisch im Bereiche des Oberlandratsbezirks Mährisch Ostrau durchführen lassen. Die Ermittlungen sind noch nicht abgeschlossen, haben aber bereits zu einem ganz ausgezeichneten Ergebnis geführt. Auf einer ganzen Reihe von Bahnhöfen im mährisch Ostrauer Gebiet wurden insgesamt 161 Waggons mit Vieh, das aus Böhmen verladen war, sichergestellt. Dieses Vieh wurde nicht dem regulären Markt zugeführt, sondern war zum Teil schon schwarz geschlachtet und das Fleisch den Fleischern verkauft, zum Teil war es noch bei verschiedenen

Bauern

43

Bauern in der Umgebung untergestellt, um dann später auf ähnliche Weise verschoben zu werden. Als Beteiligte an diesen Machenschaften wurden bis jetzt 121 Fleischhauer, 33 Viehhändler und 13 andere Beteiligte, zusammen 217 Personen aus dem Bezirk Mährisch Ostrau festgestellt; 12 Fleischhauer und Viehhändler wurden von der Geheimen Staatspolizei als Hauptbeteiligte festgenommen. In Böhmen sind in diese Schiebungen 64 Personen verwickelt. Ähnliche Vorgänge haben sich in Jglau abgespielt. Auch dort konnten im Laufe der vergangenen Woche weitgehende Schiebungen mit Fleisch und Vieh aufgedeckt werden. Auch diese Erhebungen sind noch nicht abgeschlossen. Als vorläufiges Ergebnis kann aber bereits festgestellt werden, daß 35 Fleischhauer, Viehhändler und Landwirte an dem Schleichhandel beteiligt waren. Das Vieh wurde schon beim Bauern überzahlt und im Zwischenhandel weiter verteuert; den Verbrauchern wurde dann das Fleisch im Schwarzhandel zum Preise von 28 - 40 K abgegeben. Die Aufdeckung der Schiebungen in Jglau ließen Spuren erkennen, die hinsichtlich des Absatzes des verschobenen Fleisches nach Brünn führen. Auch hier sind Erhebungen im Gange, die aller Voraussicht nach zur weiteren Aufdeckung eines groß angelegten Kettenhandels führen werden.

J. Müller

Der Oberlandrat

Nr. I 40.90

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

Prag

45

Büro des Staatssekretärs
Prag I, deutsch Reichsprotector
Mdbauhdbe...hmen und Mähren.
Eing.: 31. AUG. 1940
Tel. No. 4573

An den

Herrn Reichsprotector in Böhmen und Mähren
z.Hd. von Herrn Staatssekretär K.H. Frank
in Prag

Betr.: Tätigkeitsbericht des Primatorstellvertreters
----- für die Zeit vom 23.Juli bis 26.August 1940.

Auftragsgemäss nehme ich zu den wesentlichen
Punkten des vorstehenden Berichtes wie folgt Stellung:

1.) Die Kritik, mit der Professor Pfitzner
den bisherigen Planungsarbeiten des Landesrates Niemeyer
gegenübertritt, erscheint im Augenblick mindestens verfrüht.
Es ist selbstverständlich, dass bei den Planungen an dem
Problem der Finanzierung derselben nicht vorübergegangen
werden kann und dass vor Beginn der Arbeiten nicht nur die
finanziellen Möglichkeiten der Stadt festliegen müssen,
sondern auch bindende Zusagen derjenigen Stellen, die sich
in irgend einer Form an der Durchführung des Gesamtprojek-
tes beteiligen. Bereits vor einiger Zeit habe ich Herrn
Landesrat Niemeyer gebeten, nachdem die einzelnen Planun-
gen festere Gestalt angenommen haben, nunmehr auch einen
Entwurf auszuarbeiten wie die Finanzierung gedacht ist und
von welchen mitbeteiligten Stellen (Reichsbahn, Protektor-
ratsbahn, Reichsautobahn usw.) er bindende Zusagen unter
Angabe der Höhe derselben erhalten hat. Erst dann kann ge-
prüft werden, in welchem Umfange und in welcher Reihenfolge
die geplanten Arbeiten durchgeführt werden können. Sobald
Landesrat Niemeyer mir die Berechnungsgrundlage hat zugehen
lassen, wird eine eingehende Besprechung aller beteiligten
Dienststellen eine endgültige Klärung bringen können.

2.) Die Verwaltung der deutschen Schulen Prags
liegt zurzeit ausschliesslich beim Schulministerium, während
die tschechischen Volks- und Bürgerschulen Prags der Stadt-

G. G. V. F. b.w.

45a

verwaltung Prags unterstellt sind. Daher wird der Sachaufwand für die deutschen Schulen Prags aus Etatmitteln des Schulministeriums, der Sachaufwand für die tschechischen Schulen Prags aus dem Etat der Stadt Prag bestritten. Der Primatorstellvertreter verspricht sich von der Übernahme der deutschen Schulen in die Verwaltung der Stadt eine gleiche grosszügige Ausstattung für diese wie sie früher den tschechischen Schulen zuteil wurde. Es wird dabei übersehen, dass im gegenwärtigen Zeitpunkt bereits sich eine derartige ausserordentliche Belastung der Stadtfinanzen abzeichnet, dass künftig die Ausgaben für die städtischen Schulen auf das Notwendigste werden zusammengestrichen werden müssen. Dagegen ist es ohne weiteres möglich zu verlangen, dass in den Haushalt des Schulministeriums dem notwendigen Sachaufwand für die deutschen Schulen entsprechend reichlich grosse Posten eingesetzt werden, sodass unabhängig der Beanspruchung der Stadtfinanzen für andere Zwecke und der Einsparungen für das städtische Schulwesen die deutschen Schulen auf jeden Fall mit nach ihrem Bedarf ausgerichteten Mitteln ausgestattet bleiben. Es erscheint auch vorteilhafter, wenn die Stadt aus den für diese Zwecke ohnehin zusammenschrumpfenden Mitteln weiterhin die Beträge bereitstellt, die ^{zur} Gestaltung und Unterhaltung anderer deutscher Einrichtungen wie die deutschen Kindergärten, Schülerheime, Lehrlingsheime, Musikschulen usw. bisher gegeben hat.

Nachdem der Personalaufwand und der Sachaufwand aus staatlichen Mitteln geleistet wird, liegt bei den derzeitigen Verhältnissen kein Grund vor, den Sachaufwand einem anderen Träger aufzuerlegen. Ausserdem sind Bestrebungen vorhanden, das gesamte Schulwesen im Protektorat in absehbarer Zeit in reichseigene Verwaltung zu überführen, sodass es unzweckmässig erscheint, in diesem Augenblick eine Änderung der bisherigen Verhältnisse herbeizuführen.



63080

2.Blatt

2. Blatt.

3.) Die vom Primatorstellvertreter beanstandete Zensur der Nachrichten der von ihm selbst eingerichteten deutschen Nachrichtenstelle wird notwendig sein, da aus politischen Gründen für eine einheitliche Ausrichtung der Pressepolitik gesorgt werden muss. Die Nachrichtenstelle beim Magistrat der Hauptstadt Prag kann im Einzelfall nicht wissen, ob die oder jene Mitteilung, wie z.B. Besuche ausländischer Vertreter, Stadtbesuche usw. erwünscht ist und ob nicht augenblickliche politische Verhältnisse eine Unterdrückung solcher Nachrichten erheischen. Zudem erscheint es mir wünschenswerter, dass die deutschen Vertreter bei der Stadt Prag sich zunächst etwas unsichtbar betätigen und sich vor allen Dingen gegenüber dem tschechischen Beamten-tum durchsetzen, als dass sie durch dauernde Presse-erklärungen und vielfach verfrühte Nachrichten ihre Pläne in die Öffentlichkeit tragen. Aus allen diesen Gründen glaube ich die Zensurierung der Nachrichten des Primatorstellvertreters durch die Gruppe "Kulturpolitische Angelegenheiten" des Herrn Reichsprotectors nicht beanstanden zu können.

R. H. Witt

Geheime Staatspolizei

Staatspolizeileitstelle Prag

Staatspolizeileitstelle Prag

B.-Nr. III C -Unb. 106

Bitte in der Antwort vorstehendes Geschäftszeichen und Datum anzugeben.

Prag II, den 28. Februar 1940. 47

Bredauer Gasse 178
Fernruf: Nr. 30041

Büro des Staatssekretärs
beim Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren.

Empf.: 29.FEB.1940

Tgb. Nr.: 1421

An den
H-Gruppenführer, Staatssekretär Frank
in

Prag,
-.-.-.-.-
Czernin-Palais.

Betrifft: Brief an Professor Bernhauer.

Vorgang: Dort. Auftrag vom 26.2.1940.

Der fragliche Brief ist am 29.1.1940 beim Postamt I in Reichenberg unter "Einschreiben" - R 849 T - "an den Gau-Dozentenführer Pg. Prof. Bernhauer, Prag II, Hybernergasse" gesandt worden und am 30.1.1940 bei der "Deutschen Dienstpost Böhmen und Mähren", Prag I, eingegangen.

Nach Eingang des Briefes ist, wie aus dem Vermerk auf dem Briefumschlag ersichtlich, am 30.1.1940 der Empfänger von dem Eintreffen des Briefes in Kenntnis gesetzt worden.

Der Brief hat dann bei der deutschen Dienstpost bis zum 13.2.1940 gelegen und ist am gleichen Tage dem tschechischen Postamt X zugestellt worden. Der Aufdruck "Durch Deutsche Dienstpost Böhmen und Mähren" ist auf dem Umschlag von einem deutschen Postbeamten vor der Weitergabe mit Blaustift durchstrichen worden. Die Beamten der deutschen Dienstpost wollen den Brief weitergeleitet haben, weil er nicht abgeholt worden ist. Hierzu muss bemerkt werden, dass die deutsche Dienstpost keinen Zustelldienst unterhält, so dass einlaufende Post von den einzelnen Adressaten oder von Behörden selbst abgeholt werden muss. Der Brief hätte, da er den Aufdruck "Durch Deutsche Dienstpost Böhmen und Mähren" trug, nicht an die tschechische Post abgegeben werden dürfen, sondern hätte an den Absender zurückgesandt werden müssen. Über den Grund der Übergabe an die tschechische Post

gab

St. S. VF

44a

gab die deutsche Dienstpost keine nähere Auskunft.

Wie schon erwähnt, ist der Brief am 13.2.1940 dem tschechischen Postamt X zugeleitet und von hier aus in einem verschlossenen Postsack zusammen mit anderen Einschreibebriefen dem tschechischen Postamt Prag I zugestellt worden. Die Anschrift des Briefes war von Reichenberg aus nicht richtig angegeben, denn in der Hybernergasse befindet sich ein Heim der Studentenschaft, während sich die Geschäftsstelle des Prof. B e r n h a u e r in der Lützowgasse 26 befindet. Der in Frage stehende Brief ist dann vom tschechischen Postamt I am 14.2.1940 mit der Frühpost gegen Quittung der Angestellten Anna Z i s k a des Studentenheimes in der Hybernergasse ausgehändigt worden. Die Z i s k a besitzt Postvollmacht zur Entgegennahme von Briefen, die nach dort hin adressiert werden. Die erteilte Postvollmacht befindet sich beim Postamt I in Prag.

Von der Z i s k a ist dann der Brief zu der Sekretärin P l i s c h k e des Prof. B e r n h a u e r gelangt, die ihn einem Studenten zur Weiterbeförderung übergeben haben will. Der Student muss seinen Auftrag aber nicht richtig durchgeführt haben, denn nach ungefähr 2 Wochen soll der Brief wieder auf dem Tisch der Privatsekretärin Plishke gelegen haben. Diese soll dann den Brief der Waschfrau des Prof. B e r n h a u e r übergeben haben, die ihn dann am 26.2.1940 (am gleichen Tage) richtig zugestellt hat.

Nach dem Ermittlungsergebnis trifft ein Verschulden in erster Linie die deutsche Dienstpost, die diesen eingeschriebenen Brief trotz des Vermerks "Durch die Deutsche Dienstpost Böhmen und Mähren" 14 Tage liegen liess und ihn dann an die tschechische Post zur Bestellung weitergab. Dieses Verfahren wird leider sehr häufig von der deutschen Dienstpost angewandt. Es birgt eine grosse Gefahr für die Geheimhaltung dienstlicher Sendungen aus dem Reich in sich.

Der tschechischen Post ist nur insoweit ein Vorwurf zu machen, dass sie bei einer vorherigen Reklamation des Briefes angegeben hat, dass der Brief nicht in den Besitz des Postamtes I gelangt sein sollte. Diese Auskunft

ist



63078

Frank ORR Gird
zusamm. 12 fahr eingezahlt i.
fahr deutliche Rückmeldung nach M. Rud
frei gelassen.

Prag, den 6. März 1940.

Eingegangen:
7. MARZ 1940

Anforderung
81/3

G.R. mit 1 Anlage
Herrn H r o c h

1c/40
R

unter Bezugnahme auf die fernmündliche Besprechung
mit meinem persönlichen Referenten zur Auswertung
übersandt.

13/4

Einw. besang.
1. 3/4. 40.

Frank

Der Reichsprotector
in Böhmen und Mähren
XII lc 1320-0

Prag, den 19. März 1940.

Zurück
Herrn Staatssekretär
nach Auswertung.

i. Ordnung

Der Ansicht der Staatspolizeileitstelle, daß nach d
dem Ermittlungsergebnis die Schuld an dem bedauerlichen
Vorkommnis in erster Linie der Deutschen Dienstpost zu=
falle, kann ich nicht beipflichten. M.E. trifft die
Hauptschuld den Empfänger selbst, der trotz Benachrich=
tigung den Einschreibbrief der Gauleitung nicht hat ab=
holen lassen. Da der Empfänger, wie die Dienstpostbeamten
übereinstimmend ausgesagt haben, schon wiederholt die
Abholfristen verstreichen ließ und nie Einwendungen da=
gegen erhoben hat, daß ihm nicht abgeholte gewöhnliche
Dienstpostsendungen nach Ablauf der Abholfrist durch die
Protectoratspost zugestellt wurden, kann ich das Ver =
schulden des Beamten, der den Brief der Protectoratspost
übergab,

IV 8.7

49a

übergab, nicht als so schwerwiegend betrachten, wie es von der Gestapo hingestellt wird, zumal die Bedeutung des Briefes, insbesondere, daß es sich um eine Geheimsache handelte, von aussen nicht erkannt werden konnte. Da der Beamte aber gegen die Vorschrift verstossen hat, nach der nicht abgeholte Einschreibsendungen an den Absender zurückgeschickt werden sollen, habe ich seine Bestrafung mit einem strengen Verweis veranlasst.

Um ähnliche Vorkommnisse ganz zu unterbinden, habe ich angeordnet, daß sämtliche Dienstpostsendungen, die trotz ausdrücklicher Aufforderung des Empfängers nicht binnen 14 Tagen abgeholt werden, an die Absender zurückgesandt werden. In einem Hauserlaß habe ich auf diese Verschärfung der Abholbestimmungen besonders hingewiesen.

Die Falschaushändigungen von Dienstpostbriefen an die Pro-
tektoratspost durch deutsche Bahnpostämter, habe ich bereits durch besondere Massnahmen nach Möglichkeit unterbinden lassen.

Von der Staatspolizeileitstelle ist bei der Untersuchung des Vorfalls und zwar bei der Vernehmung von Dienstpostbeamten in dienstlichen Angelegenheiten eine Verständigung des Amtsvorstehers oder der Gruppe Post, unterlassen worden, ein Verfahren, daß nicht den einschlägigen Bestimmungen entspricht. Ich habe zwar wegen der besonderen Umstände des Falles von einer Bestrafung der Dienstpostbeamten wegen Verletzung ihrer Pflicht zur Wahrung des Postgeheimnisses abgesehen, bitte jedoch um entsprechende Anweisung der Staatspolizeileitstelle.

Im Auftrag

Muoch



63076

Der Reichsprotektor
in Böhmen und Mähren

Prag, den 4. August 1939.

Nr.

Es wird gebeten, dieses Geschäftszeichen und den
Gegenstand bei weiteren Schreiben anzugeben.

Dr. von Burgsdorff
Unterstaatssekretär

Herrn

Staatssekretär.

Da ich gerne am Sonnabend nachmittag
hier wegfahren möchte und deshalb nicht in der Lage
bin mündlich Bericht zu erstatten, darf ich mir erlauben,
folgendes schriftlich zu übermitteln:

1.) Wegen der Sprachenverordnung hat
es noch ein längeres Hin und Her gegeben, das schliess-
lich auch noch zu einem Besuch meinerseits bei Herrn
Präsidenten Dr. Hácha Anlass gegeben hat.

Nach eingehendem Vortrag bei dem Herrn
Reichsprotektor hat sich dieser schliesslich entschlos-
sen, den letzten Vorschlag der tschechischen Regierung,
der einzelne unserer Vorschläge nicht beachtet,
anzunehmen, sich aber für die Zukunft die Erfüllung auch
der noch ausstehenden Vorschläge vorzubehalten.

2.) Die Arbeitspflichtverordnung ist
endlich fertig; sie wird in diesen Tagen von den Tsche-
chen veröffentlicht werden. Sie waren noch zu bewegen,
statt des Wortes "Arbeitsdienstpflicht" "Arbeitspflicht"
zu setzen. Ob die tschechische Regierung auch die
Durchführungsverordnung erlassen wird, ist nicht ganz
sicher, ich halte es aber dann auch nicht für schlimm,
wenn diese notfalls von uns erlassen werden müsste. Die
Schwierigkeit in dieser Angelegenheit besteht in einem

St. S. V. S.

Z. d. d. Gen.
22/10.40

50a

Schreiben des Herrn Staatspräsidenten, worin er zwar zustimmt, dass seine Landsleute im Altreich verwendet werden, aber jede Mithilfe bei der Exekutive ablehnt.

Ich stehe auf dem Standpunkt, dass man die Dinge ruhig laufen lassen soll und abwarten soll, ob überhaupt Zwangsmassnahmen notwendig sind. Ich zweifle nicht daran, dass die Bezirkshauptleute, entsprechend angewiesen, auch ihre Gendarmerie für Zwangsmassnahmen zur Verfügung stellen werden.

3.) Ein Brief des Herrn Reichsministers Dr. Lammers an den Herrn Reichsprotectors, in dem er eine Sitzung beim Führer noch für Ende Juli anmeldete, erweckte deshalb Befremden bei dem Herrn Reichsprotector, weil es sich seiner Ansicht nach bei der Besprechung um die Verabschiedung von Verordnungen handelt, zu denen er noch nicht gehört worden wäre. Die Verordnungen bestanden in der sogenannten Aufbauverordnung, einer Verordnung über die Staatspolizei, einer Verordnung über die Beschlagnahme und Einziehung staatsfeindlichen Vermögens und schliesslich einer Dienstanweisung für die Ordnungspolizei. Der Herr Reichsprotector ordnete persönlich die Stellungnahme, die nach Berlin gegeben werden sollte, an und unterschrieb die Antwort in Leinfelden. Hinterher stellte sich heraus, dass mindestens bei der Verordnung über die Staatspolizei insoferne ein Missverständnis zwischen Berlin und dem Herrn Reichsprotector vorliegen muss als sowohl das Hauptamt Sicherheitspolizei, als schliesslich auch das Reichsministerium sich auf den Standpunkt stellen, dass diese Verordnung ursprünglich zwischen dem Herrn Reichsprotector und dem Gruppenführer Heydrich besprochen und schliesslich von Gruppenführer Heydrich und Staatssekretär Dr. Stuckart revidiert worden sei. Ich habe daraufhin den Herrn Reichsprotector

in Gegenwart des Befehlshabers der Sicherheitspolizei den Sachverhalt vorgetragen und mit ihm eine veränderte Stellungnahme besprochen, die, soweit ich sehe, zu Schwierigkeiten kaum mehr Anlass geben kann. Ebenso ist mit



63075

59

dem Befehlshaber der Ordnungspolizei die Dienstanweisung für die Ordnungspolizei besprochen worden. Ich glaube, dass auch hier eine Uebereinstimmung wird erzielt werden können.

Herr Dr. Fuchs, der an den Besprechungen teilgenommen hat, kann Ihnen mündlich näheres berichten, was ich für notwendig hielte.

4.) In Westerland hat unter dem Vorsitz des Herrn Generalfeldmarschalls eine Besprechung wegen der Rüstungsaufträge stattgefunden. Es haben sich Schwierigkeiten wegen des Transfer ergeben. Herr von Wedelstätt kann darüber berichten. Leider hat sich hinterher herausgestellt, dass die Grundlage, auf der verhandelt worden ist, nicht richtig war; es hat sich wegen der überaus schnell anberaumten Sitzung niemand so recht für sie vorbereiten können. Es handelt sich zur Zeit um Rüstungsaufträge in Höhe von ca 400 Millionen Reichsmark im Protektorat. Zur Zeit wird die Kapazität der Unternehmungen festgestellt und geprüft, was alles geschehen muss, um hier eine wilde Preiserhöhung wegen der Zahlungsmittelvermehrung zu verhindern.

5.) Der Herr Reichsprotector hat auch auf Bitte des Bannführers Zoglmann und auf von mir nochmals gemachten Hinweis, dass Sie, Herr Staatssekretär, die Veranstaltung der Hitlerjugend auf den 3. Burghof genehmigt hätten, die Abhaltung untersagt und die Hitlerjugend auf den Platz vor der Burg verwiesen. Sonderbericht liegt vor.

6.) Ich habe mich wegen der katastrophalen Kohlenlage im Protektorat veranlasst gesehen, den Unternehmern der Kohlenbergwerke zu gestatten, selbstverständlich unter den üblichen Lohnaufschlägen, an zwei Sonntagen im Monat arbeiten zu lassen.

7.) Ueber die Verhaftung Dr. Brass wird Ihnen Dr. Blaschek zu berichten haben.

8.) Der Herr Reichsprotector hat, auf meinen Vorschlag hin, die Bildung der Wirtschaftsabteilung

51a

angeordnet. Ich habe die Anordnung aber noch nicht in Umlauf gesetzt, da schon allein eine Besprechung mit der Gruppe Ernährung und Landwirtschaft, die in die Wirtschaftsabteilung hinein sollte, zeigte, welche Schwierigkeiten entstehen. Ich habe es für richtig gehalten, erst einmal Herrn Staatssekretär Dr. Stuckart auf die Schwierigkeiten, die zweifellos von den verschiedenen Reichsressorts ausgehen werden, aufmerksam zu machen. Ich hoffe aber die Anordnung des Herrn Reichsprotectors am Sonn-abend noch in Kraft setzen zu können, da es mir ohne die Zusammenfassung der Wirtschaftsgruppen nicht mehr möglich ist, die Verwaltungsangelegenheiten so zu steuern, wie ich das verantworten kann.

9.) In der nächsten Woche kommen die Herren Staatssekretär Dr. Landfried und Dr. Syrup nach Prag. Dr. Landfried wird Ihnen auch genaues über die Rüstungsaufträge im Protektorat mitteilen können. Die Angelegenheit scheint mir auch ausserordentlich wichtig.

Dr. Syrup wird wohl auch wegen des Leiters der Gruppe Arbeit hier vorsprechen, da Dr. Wilhelmi zu meiner Ueberraschung die Umzugsgenehmigung nicht erhalten hat.

10.) Ich bitte Sie, sich Herrn Oberregierungsrat Schröder von der Gruppe X kommen zu lassen und sich berichten zu lassen, wegen der Versuche der Tschechen, die Gewerkschaften zusammenzufassen und neuerdings eine tschechische DAF aufzubauen. Leider hat der "Neue Tag", ohne vorher mit uns Fühlung zu nehmen, eine Nachricht gebracht, die dieses Streben der Tschechen, das wir nicht dulden können, unterstrich.

11.) Ich bitte sich weiter Bericht erstatten zu lassen, am besten von Dr. Fuchs, über die Massnahmen, die hier für die Spannungszeit vorgesehen sind.

12.) Der Aufbau der ^{Wehr-}Wirtschaft geht seinen guten Gang. Es ist gelungen, die Zustimmung des Handelsministers dazu zu bekommen, dass in die uns wichtigen Betriebe deutsche Vertrauensmänner aufgenommen werden. Wäre diese Zustimmung nicht erfolgt, so hätten wir auf Grund des



63074

52

Staatsverteidigungsgesetzes oder sogar auf Grund einer besonderen Verordnung vorgehen müssen, die zum Erlass fertig im Tischkasten liegt. Wir bekommen durch die Zustimmung des tschechischen Handelsministers die Organisationen und Unternehmungen der gewerblichen Wirtschaft einiger-massen in unsere Hände. Wegen der Landwirtschaft hat gestern eine grosse Besprechung mit Ministerialdirektor Moritz vom Reichsernährungsministerium stattgefunden. Wir kommen auch hier befriedigend mit der Marktordnung vorwärts. Nicht ganz so befriedigend liegt die Sache mit der Marktordnung für die Forst- und Holzwirtschaft. Ich glaube annehmen zu sollen, dass Sie, Herr Staatssekretär, vor Ihrem Weggang noch Verhandlungen mit Herr von Gottberg über die Angelegenheit geführt haben. Ich würde dankbar sein, wenn diese Angelegenheit vielleicht vorwärts getrieben werden könnte, da der Herr Reichsprotector, wie er mir vor wenigen Tagen hier sagte, an der Angelegenheit besonderes Interesse nimmt.

13.) Ich habe heute eine Besprechung mit SS-Oberführer von Gottberg, Landesbauernführer Raschka und Landrat Dr. Fuchs sowie Dr. Volckart über ^{die} ~~eine~~ Angelegenheit ^{des} ~~des~~ Bodenamtes gehabt.

durch

Ich bitte sich/Landrat Dr. Fuchs und Oberregierungsrat Dr. Volckart vortragen zu lassen. Wir müssen jetzt beschleunigt Stellung nehmen zu einer Verordnung des Reichsinnenministeriums, wegen der Bodenpolitik im Allgemeinen. Ich habe den Standpunkt eingenommen, dass die Bodenbeschaffung Sache des SS-Oberführers von Gottberg ist, die Siedlungstätigkeit ^{aber} in die Gruppe VIII des Reichsprotectors gehört.

14.) Ich bitte sich weiter durch Dr. Fuchs vortragen zu lassen, welche Meinung in Berlin über die Stellung des Protectorats und über die Autonomie besteht. Es war mir interessant durch den Besuch des Dr. Fuchs bei Herrn Staatssekretär Stuckart zu erfahren, dass der Führer einer weiteren Uebernahme von Verwaltungszweigen ⁱⁿ ~~und~~ reichseigener Verwaltung widerstrebt. Staatssekretär Stuckart scheint auf dem Standpunkt zu stehen, dass den vielfachen Wünschen unserer Landsleute auf Ueber-

52a

nahme z.B. der Schul- und der Finanzverwaltung für die Deutschen auf reichseigene Organe Widerstand geleistet werden muss. Dr. Stuckart steht wegen der Befriedigung dieser Ansprüche unserer Landsleute immer wieder auf dem Standpunkt, dass ein Landsmannsministerium kommen müsse.

15.) Das, wie Ihnen ja bekannt ist, organisatorisch unerfreuliche Nebeneinander politischer Referenten, also des BDS, des Oberregierungsrates Dr. Volckart und des Dr. Blaschek, habe ich nicht bereinigt, obwohl eine Bereinigung drängt, weil ich die Dinge ohne Sie nicht regeln wollte. Dr. Fuchs hat nunmehr, worüber er Ihnen auch berichtet wird, in Berlin festgestellt, dass die Ernennung des Dr. Volckart zum politischen Generalreferenten auf besonderem Wunsch des Herrn Reichsprotectors durch den Herrn Reichsinnenminister erfolgt ist. Ich bin also der Ansicht, dass der Herr Reichsprotector selbst nun einmal wird entscheiden müssen, wie es in den Dingen des politischen Referates werden soll, zumal SS-Oberführer Dr. Stahlecker mir persönlich und kameradschaftlich mitgeteilt hat, dass er auf seiner Stellung als politischer Referent bei dem Herrn Reichsprotector bestehen bleiben müsse.

Damit hängt auch die Erledigung Ihrer Anordnung vom 6. Juli zusammen, in der Sie bestimmt haben, dass nur die volkspolitische Gruppe berechtigt ist, mit politischen Parteien und Persönlichkeiten zu verhandeln. Ich bitte wegen dieser Anordnung Herrn Dr. Fuchs mit weiteren Weisungen zu versehen. Während Ihrer Anwesenheit war wegen Beurlaubung des Dr. Blaschek und Verhaftung des Dr. Brass die volkspolitische Gruppe nur für die Erledigung der allernotwendigsten Arbeiten in der Lage.

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch herzlich danken für Ihre Karte von Spitzbergen, die mich erfreut hat. Ich hoffe, dass Ihre Fahrt eine schöne und befriedigende gewesen ist.

63073 Heil Hitler!



W. Müller

4. August 1939.

53

Am 4. August 1939 um 17'20ⁿ rief der Herr Reichsprotector Herrn Unterstaatssekretär Dr. von Burgsdorff an und teilte ihm hierbei mit, dass ^{der} Brief des Kardinals Kasper erhalten habe. Der Herr Reichsprotector lehne ein Turmblasen und Glockengeläut ab und erneure ~~te~~ ^{te} — trotz nochmaligen Hinweises des Herrn Unterstaatssekretärs, dass Staatssekretär Frank die Veranstaltung gebilligt habe — seine Anordnung, dass der 3. Burghof für die Feier nicht benutzt werden dürfe. Er verweist die Hitlerjugend auf den Platz vor der Burg und wünschte, dass Bahnführer Zoglmann orientiert würde, dass seitens einzelner Stellen des Reichsprotectors oder Partei nicht unmittelbar mit Stellen des Protectorats, zu denen auch der Erzbischof Kaspar gehöre, verhandelt wird. Er wies den Herrn Unterstaatssekretär an, diese seine Anordnung dem Herrn Staatssekretär zu seiner Rückkehr schriftlich vorzulegen.

Nach der Angabe des Herrn Unterstaatssekretärs nach Beendigung des Gesprächs aufgenommen.

M. Rander